

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

Redaktion u. Expedition:  
Berlin, Oranienstrasse 101.

Bestellungen  
übernehmen alle Postanstalten  
und Buchhandlungen,  
für Berlin die Expedition.

Organ des Verbandes

deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

Redakteur K. E. O. Fritsch.

Jeden Sonnabend wird ein  
Hauptblatt mit einer Inse-  
raten-Beilage, jeden Mittwoch  
ein Inseratenblatt  
ausgegeben.

Insertionspreis:  
3/4 Sgr. pro Zeile.

Abonnementspreis 1 Thaler pro Quartal.

Berlin, den 1. März 1873.

Erscheint Mittwoch und Sonnabend.

Inhalt: Das Preussische Staats-Bauwesen. (Fortsetzung.) — Das neue Haus der Museums-Gesellschaft in Stuttgart. — Mittheilungen aus Vereinen: Architekten-Verein zu Berlin. — Vermischtes: Putzbauten in Berlin. — Lino-leum- (Kork-) Teppiche. — Eine interessante Sprengung mittels Dynamit. — Zur Eisenbahnfrage. — Ein Schraffir-Instrument. — Konkurrenzen: Konkurrenz

für Entwürfe zu einem neuen Bürgerschulgebäude in Cöln. — Konkurrenz für Entwürfe zur inneren Ausschmückung des Domes in Cöln. — Konkurrenz für Entwürfe zu einem schlesischen Provinzial-Museum in Breslau. — Monats-Aufgaben im Architekten-Verein zu Berlin zum 5. April 1873. — Personal-Nachrichten etc.

## Das Preussische Staats-Bauwesen:

(Fortsetzung).

Als ein wesentliches Erschwerungs-Moment tritt zu den vorher angeführten Uebelständen noch hinzu, dass der Preussische Kreisbaubeamte von so vielerlei Behörden und Personen abhängig ist. Neben den drei Abtheilungen der Regierung lassen ihm das Landraths-Amt, die Justiz- und Militär-Verwaltung, die Provinzial-Steuer-Direktion etc. etc. ihre Verfügungen oder Requisitionen selbstständig zugehen. Das Maass und die Vertheilung der ihm zufallenden Arbeiten unterliegt daher fortwährenden, ganz unberechenbaren Schwankungen, die sich oft um so lästiger geltend machen, als es nicht blos die direkten Anforderungen des Staats-Interesses, sondern zuweilen auch ganz individuelle Ansprüche und Ansichten sind, denen der Baubeamte nachzukommen hat. Wie manchen Zuwachs an überflüssiger Arbeit verdankt er den Nutzniessern fiskalischer Gebäude oder bei Patronatsbauten den Herren Dorfgeistlichen, Bauern und Kossäthen, denen Seitens der Regierung die Projekte des Baubeamten zur Genehmigung vorgelegt werden und die in dem Verlangen nach Umarbeitung derselben nur allzuoft ein Mittel finden, den Beginn des Baues noch länger hinauszuschieben. — Nicht selten trifft bei jener Vielheit der Auftragsgeber eine grosse Anzahl gleich dringlicher Aufträge zusammen, die gleichzeitig in einer Frist erledigt werden sollen, welche neben den laufenden Geschäften des Baubeamten kaum für einen derselben ausreicht. Denn nicht allein der zur Bewältigung der einzelnen Arbeiten erforderliche minimale Zeitaufwand muss hier in Betracht kommen, sondern auch der Zeitverlust, welcher durch die Zersplitterung des Interesses auf so viele heterogene Dinge und durch die beständige Theilung einer zwischen Reise- und Büreaudienst wechselnden Thätigkeit nothwendig herbeigeführt wird. Wie oft wird der Beamte inmitten einer grösseren Arbeit, für die er dringend der Ruhe und Sammlung bedarf, durch die plötzlich eintretende Nothwendigkeit einer eiligen Reise unterbrochen — wie oft findet er, von einer solchen heimgekehrt, einen neuen Auftrag vor, der ihn in die soeben besuchte Gegend zurückruft! —

Man kann nicht sagen, dass es der Staats-Regierung seither an der Erkenntniss dieser Misstände gefehlt hat. Seit fast 60 Jahren wird bereitwillig zugegeben, dass die Distrikts-Baubeamten mit Arbeit überhäuft sind; zu verschiedenen Zeiten — in den Jahren 1818, 1834 und 1855 haben sich die an der Spitze der Preussischen Bauverwaltung stehenden Staatsmänner veranlasst gefühlt, einer Untersuchung dieser Verhältnisse näher zu treten und Maassregeln anzuordnen, durch welche den Baubeamten Erleichterung und der bisherigen „Vielschreiberei“ eine Beschränkung zu Theil werden sollte. Aber selten ist die ganze Unfähigkeit der Bürokratie zu schöpferischen Reformen schroffer zu Tage getreten, als in diesen völlig misslungenen und erfolglosen Versuchen.

Wollte man die wirklichen Ursachen des Uebels nicht sehen, weil deren Beseitigung nicht ohne Aufwendung grösserer Geldmittel möglich war, die man zu beantragen nicht den Muth hatte, oder vermochte man in der That wirklich nicht sie zu sehen? Jedenfalls beschränkte man sich auf Maassregeln äusserlicher Art, deren ausgesprochene Tendenz es war „mehr Ordnung in die Beschäftigung der Baubeamten zu bringen.“ Dies glaubte man namentlich dadurch erreichen zu können, wenn die ihnen zugetheilten Aufträge sämmtlich durch die Hand der Regierungs-Bauräthe gingen, so dass diese im Stande wären, das dem einzelnen Baubeamten obliegende Arbeits-Pensum vollständig zu übersehen und nach Bedarf zu regeln. Alle Verfügungen, durch welche den Di-

strikts-Baubeamten eine Veranschlagung oder Reise aufgetragen wird, sollen von dem Regierungs- und Baurath mitgezeichnet werden; Requisitionen anderer Behörden, welche einem Baubeamten direkt zugehen, soll dieser — besonders dringende und einzelne Ausnahmefälle abgerechnet — zuvörderst per Kouvert an Jenen einsenden. Die Geschäfte der Baubeamten sollen so eingetheilt werden, dass die Zeit vom 1. April bis 1. November vorzugsweise den Reisen, vom 1. November bis 1. April vorzugsweise den schriftlichen Arbeiten, welche während der Sommer-Monate ausgesetzt werden können, dienen; im Monat Januar sollen den Baubeamten die während des Winters bei der Regierung gesammelten Aufträge zugehen, im Februar seitens dieser die hierauf basirten Reisepläne eingereicht werden, von denen nach erfolgter Genehmigung derselben nur auf Grund ausdrücklicher Erlaubniss der Regierungs- und Bauräthe, welche Journale über die den Distrikts-Baubeamten zugetheilten Aufträge und Reisen zu führen haben, abgewichen werden darf.

Kann es wohl ein besseres Beispiel bürokratischer Illusionen und bürokratischer Verwaltungskunst geben? Es heisst doch zunächst von den Regierungs- und Bauräthen fast Unmögliches verlangen, wenn man ihnen zumuthet, auf Grund der Journale und Reisepläne eine so vollständige Uebersicht über die Geschäfte sämmtlicher Baubeamten ihres Bezirks zu gewinnen, dass sie im Stande sind, ihnen dieselben gerecht und gleichmässig zuzutheilen. Wie ist jedoch überhaupt denkbar, dass eine solche — an sich mit keiner geringen Arbeit verknüpfte schablonenmässige Eintheilung der Geschäfte jemals aufgestellt und eingehalten werden könnte, ohne wichtige sachliche Interessen zu gefährden. Immerhin sind es ja nur zum allergeringsten Theile überflüssige Arbeiten, mit denen der Baubeamte bedrängt wird, sondern hauptsächlich solche, die wirklich gemacht werden müssen und die durch eine Intervention des Regierungs- und Bauraths wohl verschoben, aber nicht aus der Welt geschafft werden können. Von einer Beschränkung der schriftlichen Arbeiten auf den Winter, die ohnehin stets ihre Schwierigkeiten hatte, kann neuerdings um so weniger die Rede sein, als die Aufstellung des Staatshaushalts-Etats, für den ein grosser Theil der Projekte und Anschläge unmittelbar vorbereitet wird, schon im Herbst erfolgen muss. — Doch was braucht es hier überhaupt weiterer Auseinandersetzungen? Die mehrmalige Erneuerung jener Vorschriften unter dem Hinzufügen, dass sie zur Zeit ausser Gebrauch gekommen seien, beweist wohl am Besten, dass jene vom grünen Tische des Ministeriums verfügten Maassregeln in der Praxis nicht durchzuführen waren und dass hier die Ausnahme nach kurzer Zeit schon um deshalb wieder zur Regel geworden ist, weil das zur ausdrücklichen Genehmigung und Motivirung dieser Ausnahmen erforderliche Schreibwerk eine noch grössere Belästigung der Regierungen wie der Lokal-Beamten bilden würde, als sie die Zustände, für welche jene Vorschriften Abhilfe schaffen wollten, mit sich bringen. Wir möchten wohl wissen, bei wie vielen Regierungen noch Reisepläne der Baubeamten aufgestellt, geschweige denn eingehalten und nur mit besonderer Erlaubniss geändert werden; — wie viele Baubeamte es wagen, mit den an sie gelangenden, ohne Mitwirkung der Regierungs- und Bauräthe erlassenen Requisitionen, denen sie schliesslich sich doch nicht entziehen können, ihre Vorgesetzten zu behelligen! —

Es sind freilich auch einzelne zweckentsprechendere Maassregeln zu verzeichnen. Nicht allein, dass zeitweise einige neue Baubezirke kreirt wurden: auch für die formale Behandlung mancher Geschäfte sind Erleichterungen zugestan-

den und angeregt worden, von denen man nur bedauern kann, dass sie in Wirklichkeit anscheinend so wenig Anwendung gefunden haben. So erging Seitens der Verwaltung des Kultus und des Bauwesens unterm 12. September 1842 ein Zirkular-Reskript, wonach für Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten nicht sofort vollständige Projekte und Kosten-Anschläge, sondern zunächst generelle Abschätzungen des Kostenbedarfs und nach beschlossener Bau-Ausführung zunächst nur Skizzen mit Kosten-Ueberschlägen aufgestellt werden sollten. Dass diese in jüngster Zeit wieder aufgefrischte Anordnung fast in Vergessenheit gerathen konnte, mag dadurch mit veranlasst worden sein, dass die den Baubeamten zum Zwecke jener Schätzungen und Ueberschläge auferlegte Führung statistischer Tabellen auf Schwierigkeiten stiess. Spätere Anläufe in ähnlicher Richtung, wie z. B. die am 2. Mai 1857 an sämtliche Regierungen erlassene Aufforderung sich darüber zu äussern: 1) Ob und wie eine Vereinfachung der oft sehr umfangreichen Kosten-Anschläge unbeschadet deren Gründlichkeit zu ermöglichen sein möchte; 2) Ob es im Interesse der Verwaltung zulässig sein dürfte, bei den Veranschlagungen einfacher Bau-Ausführungen die Revision der Regierungs- und Bauräthe fortfallen zu lassen, eventuell bei welchen Gegenständen und bis zu welchen Beträgen; 3) Ob und welche Erleichterung den Königl. Baubeamten bei der Besorgung der vielen kleinen, in den Königl. Dienstwohnungen vorkommenden Ausführungen und Reparaturen zu gewähren sein möchte — scheinen ohne jedes Resultat im Sande verlaufen zu sein! —

Wenn sonach die Stellung der Preussischen Kreisbaubeamten in Bezug auf Umfang und Form ihrer Geschäfte noch immer eine so drückende ist, wie nur jemals vorher — belasteter und drückender jedenfalls, als die irgend eines anderen Staatsbeamten von analoger Funktion — so ist sie zu einer nachgerade unerträglichen allerdings erst durch einen besonderen Umstand geworden, den wir schon angedeutet haben. Arbeit und Verantwortung konzentriren sich in der Person eines einzigen, isolirten Beamten, dem ausser der eigenen Kraft nur die von ihm selbst, auf seine Gefahr und zum Theil auf seine Kosten beschaffte Hülfe zur Verfügung steht.

Unseres Wissens kommen ähnliche Fälle innerhalb der Preussischen Verwaltung nur noch ausnahmsweise und dann unter ganz anders gearteten Verhältnissen vor. Als Regel gilt es mit Recht, dass die Wahrnehmung wichtiger Staats-Interessen von einer Behörde ausgeübt wird; sei es dass diese, wie bei der Justiz und den oberen Verwaltungs-Instanzen, aus einem Kollegium höherer und einer entsprechenden Zahl von Subaltern-Beamten zusammengesetzt ist — sei es, dass ihr, wie bei den Landraths-Aemtern, ein einziger Ober-Beamt angehört, dem alsdann jedoch ein zu seiner Vertretung befähigter Unter-Beamt und das nöthige Bureau-Personal zur Seite steht. Eine ähnliche Organisation, die Einrichtung von Bau-Aemtern, ist für die unterste Instanz der Bau-Verwaltung bekanntlich schon lange vorgeschlagen, von der Staats-Regierung jedoch mit Entschiedenheit verweigert worden. Unwillkürlich drängt sich auch hier die Annahme auf, dass diese Weigerung noch einen tieferen Grund hat, als den beliebten „Mangel an Fonds.“ Allerdings wären bei einer derartigen Stellung der Baubeamten an der Spitze organisirter Staatsbehörden die Privilegien nicht aufrecht zu erhalten, welche die juristisch gebildeten Mitglieder der Verwaltungs-Kollegien seither über Beamte behaupten, die in einem fast subalternen Abhängigkeits-Verhältnisse zu den Regierungen stehen und nach ihren dienstlichen Rechten im Wesentlichen nur als die fixirten Hilfs-Techniker der Regierungs- und Bauräthe betrachtet werden können.

Gegenwärtig sind die Preussischen Kreisbaubeamten in Betreff einer Unterstützung bei ihren Dienst-Geschäften lediglich auf einen Geldbetrag angewiesen, der ihnen als „Pauschquantum für mechanische Arbeitshülfe“ gezahlt wird. Bis vor Jahresfrist war dieser Betrag auf 80 bis 120 Thlr. jährlich, also auf 6½ bis 10 Thlr. monatlich normirt; er ist für 1872 auf 120 bis 180 Thlr. erhöht worden und soll auf Anregung der Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses für 1873 auf 220 bis 280 Thlr., also auf 18½ bis 23½ Thlr. monatlich festgesetzt werden. Ob und wie sich der Baubeamte hierfür eine geeignete Arbeitshülfe beschaffen kann, bleibt ihm allein überlassen. —

Wer mit den faktischen Verhältnissen bekannt ist, wird wissen, dass ein Sold von monatlich 18 bis 23 Thlr., wenn sich mit ihm nicht die Anwartschaft auf dauernde amtliche Versorgung und ein Aufsteigen zu besserer Stellung verbindet, heut nur genügt, um eine ganz untergeordnete Kraft, einen Schreiber zum Mundiren und Aktenheften zu gewinnen. Ein

Techniker, der nebenher auch noch zum Kopiren von Zeichnungen und zum Ausrechnen von Kosten-Anschlägen zu gebrauchen ist, dürfte sich unter jenen Bedingungen nur ausnahmsweise für die Wintermonate zur Verfügung stellen; jedenfalls liegt die Gefahr vor, dass ein Baubeamt einen solchen Gehülfen, den er sich mit grosser Mühe bis zu erträglichen Leistungen herangebildet hat, bald wieder verliert, falls er seine gesteigerten Gehalts-Ansprüche nicht erfüllen kann. Aber abgesehen hiervon, abgesehen von der notorischen Thatsache, dass in manchen Baukreisen das Schreibwerk eine Ausdehnung erlangt hat, für welche die Beschäftigung eines Kopisten nicht mehr ausreicht, so ist mit einer derartigen, rein mechanischen Arbeitshülfe, wie sie das bestehende Reglement ihm gewährt, dem Kreisbaubeamten noch sehr wenig geholfen.

Wenn er von der Last seines Amtes nicht erdrückt werden soll, vor Allem, wenn er im Stande sein soll, dasselbe so sorgfältig zu verwalten, wie es das Staats-Interesse erfordert, so bedarf er der Unterstützung auch bei dem höheren geistigen Theile seiner Arbeit; er bedarf eines Gehülfen, der unter seiner Leitung auch an der dienstlichen Korrespondenz, beim Ausarbeiten der Entwürfe und Kosten-Anschläge wirklichen Antheil nehmen kann, der im Stande ist, diejenigen Journale und Listen, zu deren Führung nicht sowohl eine höhere technische Bildung als vielmehr Kenntniss des Thatbestandes und die nöthige Sorgfalt gehören, erforderlichenfalls selbstständig zu verwalten. Eines Gehülfen, der an Stelle des Baubeamten einfache Abnahmen und Lokal-Revisionen übernehmen und während jener auf Dienstreisen abwesend ist, ihn in seinem Bureau ersetzen kann, der befähigt ist, ihn in plötzlichen Krankheitsfällen provisorisch zu vertreten und einem zu längerer Vertretung abgeordneten Beamten oder dem Nachfolger mit seiner Geschäftserfahrung und Lokal-Kenntniss zur Seite zu stehen.

Einen solchen Assistenten in derjenigen Eigenschaft zu gewinnen, welche einzig eine völlig genügende Erleichterung des Baubeamten herbeiführen würde — d. h. in der Eigenschaft eines zu selbstständigen Handlungen berechtigten und für diese verantwortlichen Beamten, ist gegenwärtig unmöglich. Es kommt zwar ganz ausnahmsweise vor, dass einem zu offenbar mit Geschäften überlasteten Kreisbaubeamten ein Baumeister oder Bauführer nicht blos zur Ausführung eines bestimmten Baues oder zur Ausarbeitung eines bestimmten Projektes, sondern als Hilfsarbeiter für den allgemeinen Dienst zugetheilt wird; dies geschieht jedoch stets nur vorübergehend und es bleibt mehr als fraglich, ob Baumeister und Bauführer, denen es nach ihrer Vorbildung an der nöthigen Geschäfts- und selbstverständlich auch an der Lokal-Kenntniss mangelt, den Baubeamten gerade in jenen Funktionen des kleinen laufenden Dienstes, die für ihn die drückendsten sind, wirksam zu unterstützen vermögen. Eleven sind hierzu erst gar nicht oder wegen der erforderlichen Information und Kontrolle nur unter bedeutender Arbeitsvermehrung zu gebrauchen. So bleibt für jene Kreisbaubeamten, welche in ihrer Amtsthätigkeit eine mehr als mechanische Arbeitshülfe nicht zu entbehren im Stande sind, nichts Anderes übrig, als eine technische Kraft an sich zu fesseln, die sie für diesen Dienst besonders ausgebildet haben; freilich können sie sich einer solchen Hülfe nur unter der steten Sorge, für etwaige nicht kontrollirte Irrthümer ihres Assistenten einstehen zu müssen, und unter dem Bewusstsein erfreuen, sie mit namhaften pekuniären Opfern erkaufte zu haben. Denn jene Zeiten, wo junge angehende Maurer- und Zimmermeister die Beschäftigung im Bureau eines Baubeamten als eine erwünschte Vorbereitung für die unter dem Vorsitze eines Baubeamten abzulegende Prüfung, sowie als Empfehlung für eine künftige Zuziehung zu Staats-Bauten betrachteten und ihre Arbeitskraft zu solchem Zweck für ein geringes Gehalt, oder wohl gar umsonst zur Disposition stellten, sind mit Eintritt der Gewerbefreiheit zu Grabe getragen worden. Von dem in grossen Städten üblichen, nach strenger Auffassung unzulässigen Auskunftsmitel, dass die Baubeamten ihre technischen Assistenten formell als Bauaufseher bei den fast stets im Gange bleibenden kleineren Reparaturbauten anstellen lassen, so dass sich deren Besoldung auf die betreffenden Baufonds „verrechnet“, können die Kreisbaubeamten der Provinz nur selten Gebrauch machen; sie müssen den erforderlichen Zuschuss zu jenem Pauschquantum für Arbeitshülfe, oder wenn sie daneben noch einen Schreiber sich halten, das volle Gehalt aus ihrer Tasche bestreiten. Oft gelingt es ihnen nicht einmal, eine geeignete Persönlichkeit zu engagiren und sie sind zeitweilig der Nothwendigkeit ausgesetzt, an den kleineren und kleinsten mechanischen Geschäften des Dienstes sich selbst zu betheiligen.

Wie gross die hieraus entstehenden pekuniären Opfer

der Preussischen Kreis-Baubeamten sind, mag im Zusammenhange mit ihren Gehalts-Verhältnissen besprochen werden. Leider sind die bestehenden Zustände auch in dieser Beziehung durchaus ungesund, ja geradezu unmöglich.

Die feste, pensionsfähige Besoldung der Kreisbaumeister beträgt seit dem vorigen Jahre 700 bis 900 Thlr. (im Durchschnitt 800 Thlr.), die der Bauinspektoren 900 bis 1200 Thlr. (im Durchschnitt 1050 Thlr.). Hierzu treten an „Emolumenten“: a) Dienstaufwandsgelder (nach den neuesten, formell noch nicht bewilligten Sätzen) 220 bis 280 Thlr. b) Für Bureau-Bedürfnisse rot. 25 Thlr. c) Fuhrkosten-Erschädigung für die Kreisbaumeister im Betrage von 300 Thlr., für die Bau-Inspektoren im Betrage von 350 Thlr., wozu für diejenigen Beamten, welche eigene Pferde halten, eine Prämie von 50 Thlr. tritt. d) Reisekostenzuschuss für diejenigen Reisen, bei welchen sich der Baubeamte über 2½ Meilen von seinem Wohnorte entfernt, mit 1 Thlr. pro Tag; im Jahre durchschnittlich etwa 50 bis 80 Thlr. Die gesicherten Einnahmen, welche der Staat den Kreisbaumeistern gewährt, belaufen sich also durchschnittlich auf 1400 bis 1750 Thlr. Die den Staats-Beamten in jüngster Zeit zugedachte Wohnungszulage kann füglich noch unberücksichtigt bleiben.

Vielleicht noch vor 10 Jahren würden die zur Bestreitung der dienstlichen Ausgaben gewährten Pauschquanten für diesen Zweck ausgereicht haben, während sogar anerkannt werden muss, dass das im Jahre 1817 festgestellte Einkommen der Baubeamten ein verhältnissmässig reichliches war. Gegenwärtig veranschlagen sich jene Dienst-Ausgaben nach mehrern zum Theil sehr sorgfältig detaillirten Nachrichten, die wir aus verschiedenen Provinzen uns verschafft haben, wie folgt. a) Für Besoldung eines Bürogehülfen, falls derselbe einige technische Kenntnisse und Fertigkeiten besitzt, in minimo 360 Thlr. (Nachdem die Tagelöhne der Maurer und Zimmerer in grösseren Städten bis nahe an 2 Thlr. pro Tag herangerückt sind und diese Höhe sicher bald erreicht haben werden, wird jener Betrag sich entsprechend erhöhen müssen und ist für nächstes Jahr vielleicht schon auf 500 Thlr. anzuschlagen.) b) Für Miete eines geräumigen, dem Publikum zugänglichen Bureau-Zimmers resp. Erleuchtung, Heizung und Reinigung desselben 100 bis 150 Thlr. c) Für Beschaffung der Bureau-Materialien 25 Thlr. d) Für Instandhaltung des Dienst-Inventars, Einbinden von Büchern und Zeitschriften etc. ca. 10 Thlr. d) Für Reisekosten bei der Annahme von mindestens 100 Reisetagen und unter den gegenwärtigen Preis-Verhältnissen 600 bis 800 Thlr. Die Summe dieser Ausgaben beträgt sonach vorläufig 1095 bis 1345 Thlr. Der Beamte kann dieselben aus den ihm gewährten Pauschquantum nicht nur nicht decken, sondern ist genöthigt hierzu von dem zu seinem Lebensunterhalte bestimmten Gehalte eine Summe von 500 bis 600 Thlr., also mehr als die Hälfte dieses Gehaltes zuzusetzen!

Selbstverständlich ist dies allein dadurch möglich, dass er sich Neben-Einnahmen verschafft, welche diesen Ver-

lust decken. Solche Neben-Einnahmen fliessen ihm zum Theil kraft seiner dienstlichen Stellung, als Remunerationen für baupolizeiliche und Dampfessel-Revisionen zu; die Erträge für letztere haben in industriereichen Gegenden zu der Zeit, als den Baubeamten noch das Monopol derartiger Revisionen zustand, eine sehr ansehnliche Höhe erreicht. Sehr vielen, wenn nicht den meisten Kreisbaubeamten ist das Nebenamt der Verwaltung der Kreis-Chausseen anvertraut. Es treten hinzu die Honorare für sachverständige Gutachten in Privat-Angelegenheiten, sowie für Privat-Arbeiten, die der Baubeamte als Architekt beziehungsweise Ingenieur in der Anfertigung von Bauprojekten oder in der Leitung von Bau-Ausführungen übernimmt; die Konkurrenz der freien Privat-Architekten und Ingenieure ist freilich zu gross geworden, als dass in letzterer Beziehung noch leicht Gelegenheit zur Erlangung von Aufträgen sich darböte. Die Uebernahme besonderer Neben-Aemter, sowie die Betheiligung an privaten Bau-Ausführungen ist von der Erlaubnis der vorgesetzten Behörde abhängig; sie kann in Berücksichtigung des offenkundigen Nothstandes, den eine Verweigerung hervorbringen müsste, wohl selten versagt werden.

Aber ein derartiger Neben-Erwerb ist eben nicht denkbar ohne ausserordentliche Arbeit. Wenn die Bewältigung ihrer Dienstgeschäfte den Kreisbaubeamten schon eine in sonstiger Amts-Praxis unerhörte Anstrengung zumuthet, so mag man erlauben, bis zu welchem Grade sie ihre geistigen und körperlichen Kräfte in einer solchen Doppelstellung ausnutzen müssen, um die Ansprüche des unglückseligen Amtes, in das sie nun einmal hineingerathen sind, erfüllen zu können. Das mögen vor allen Dingen jene Justiz- und Verwaltungs-Beamten bedenken, welche den Baubeamten nicht verzeihen können, dass sie unter günstigen äusseren Umständen allerdings nicht selten grössere Netto-Einnahmen erzielen, als es jenen bei Beschränkung auf ihr Gehalt, aber auch bei täglich nur drei- oder zweistündiger Arbeit möglich ist. Nicht alle, sondern nur eine Minderzahl von Kreis-Baubeamten gelangen übrigens noch heute zu wirklichen Ueberschüssen. Dass trotzdem, trotz der mannigfach herantretenden Versuchung die Integrität unseres Baubeamtenstandes eine über jeden Zweifel erhabene ist, verdient in Preussen glücklicherweise noch keiner besonderen Anerkennung, darf aber hier wohl mit Stolz konstatiert werden!

Schliesslich ist unter den Misständen, unter welchen die Preussischen Kreis-Baubeamten leiden, auf die Frage des Rangverhältnisses wohl um deshalb beiläufig zurückzukommen, da die grosse Mehrzahl dieser Beamten für die Zeit ihrer Lebensdauer in derselben Rangstufe verbleibt. Die Konsequenzen ihrer Niedrigkeit sind zum Theil sehr entwürdigender Natur. Es kommt vor, dass die Landräthe zu Berichten über das dienstliche Verhalten des Baubeamten aufgefordert und gefragt werden, ob sie gegen die Gewährung einer Gehaltszulage an denselben Nichts einzuwenden haben.

(Fortsetzung folgt.)

### Das neue Haus der Museums-Gesellschaft in Stuttgart.

Die Stuttgarter Museums-Gesellschaft, das weit berühmte Muster jener im Süden unseres Vaterlandes blühenden Vereine, in denen sich die besten Elemente der Bevölkerung zu einer zwischen der Pflege idealer Bestrebungen und behaglichem Lebensgenuss getheilten Geselligkeit verbinden, von der unser deutscher Norden kaum eine Ahnung hat, besitzt seit alter Zeit neben ihrem herrlich gelegenen Gartengrundstück in den vorstädtischen Weinbergen, ein eigenes Haus innerhalb der Stadt, an der Kreuzung der Canzler- und Rothen Strasse belegen. Die steigende Grösse und Bedeutung des Vereins liess die alten Lokale seit lange schon als so ungenügend erscheinen, dass der an dieses Besitzthum angrenzende, bis zur Lindenstrasse reichende Grundstück-Komplex angekauft und der Beschluss gefasst wurde, auf diesem erweiterten Terrain einen Neubau zu errichten.

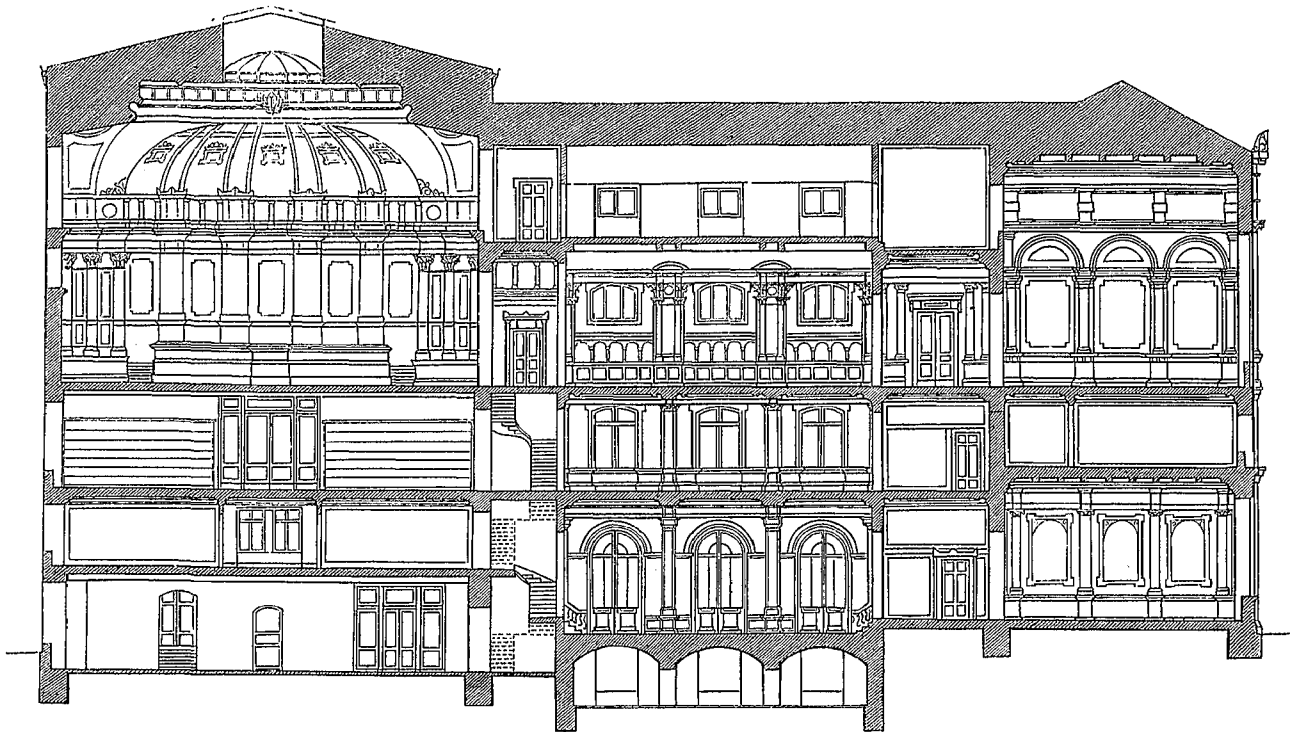
Zur Erlangung von Plänen für diesen Neubau wurde im Jahre 1868 eine Konkurrenz ausgeschrieben, die im Januar 1869 zur Entscheidung kam. Unter den 20 eingegangenen Arbeiten erhielt die der Architekten von Grosse-heim und Schwarz in Berlin den ersten, die des Professor Wagner in Stuttgart den zweiten Preis; ein dritter Entwurf, von Professor Walter daselbst, der mit dem letztgenannten scharf um den Vorzug gerungen hatte, wurde überdies angekauft. Dass die Konkurrenz trotzdem keinen unmittelbaren Erfolg gehabt hatte, d. h. dass keiner dieser Entwürfe direkt zur Ausführung geeignet war, konnte um so weniger verwundern, als eine derartige Aufgabe, die eine ganz genaue Kenntniss vieler Gewohnheiten und Wünsche der betreffenden Gesellschaft voraussetzt, wohl an sich zu

den schwierigsten gehört und in diesem Falle durch die ungünstige Beschaffenheit des Bauplatzes noch erschwert worden war.

Trotzdem ist die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit gerade ein sehr lehrreiches und treffendes Beispiel für die in diesen Blättern so oft verfochtenen Vortheile des Konkurrenz-Verfahrens geworden, die an einen solchen unmittelbaren Erfolg durchaus nicht gebunden sind. Auf Grund der von den Preisrichtern sowohl, wie von den Gesellschafts-Mitgliedern gepflogenen Erörterungen über die Vorzüge und Nachtheile der verschiedenen Entwürfe hatte sich nicht nur eine sehr erwünschte Klarheit der vorher noch ziemlich schwankenden Bedürfnissfrage ergeben, sondern es war in den besten der eingeleiteten Entwürfe auch eine so grosse Zahl brauchbarer Ideen entwickelt, dass es bei einer nochmaligen Bearbeitung der Aufgabe nicht schwer werden konnte, sie zu einem Ganzen zu vereinigen, das in Bezug auf die Lösung der praktischen Bedingungen von einem einzelnen Architekten wohl kaum hätte erreicht werden können.

Es hätte nahegelegen und ist in der That ernstlich in Frage gekommen, mit dieser Arbeit die Verfasser des preisgekrönten Entwurfes zu beauftragen, zumal gerade einige in der Grundriss-Disposition desselben enthaltene treffliche Gedanken seinen Sieg entschieden hatten. Man hat nur aus dem Grunde davon Abstand genommen, weil die weite Entfernung der Architekten vom Bauort den Verkehr mit ihnen ausserordentlich erschwert hätte und weil die künstlerische Bedeutung der Aufgabe, welche ein solches Verfahren sonst

GEBÄUDE DER MUSEUMS-GESELLSCHAFT ZU STUTTGART.

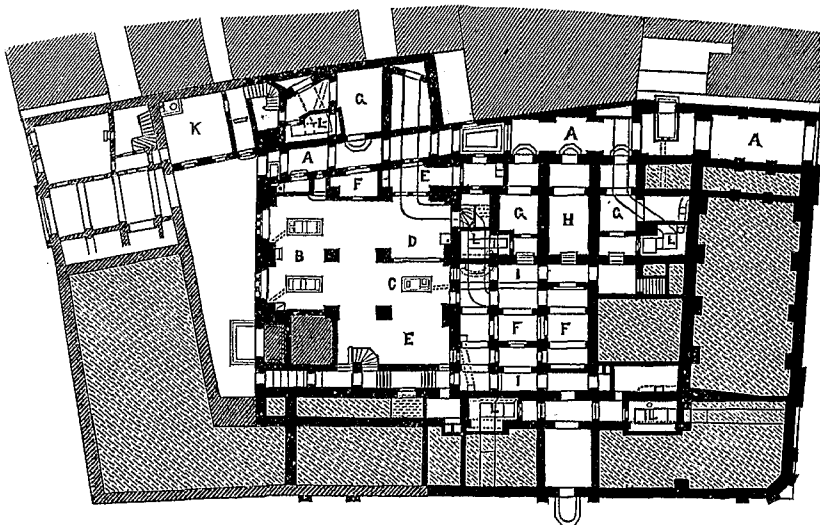


Festsaal.  
Bibliothek.  
Wohnung des Bibliothekars.  
Küche.

Vorsaal.  
Verwaltungsrathssaal.  
Vestibüle.

Speisesaal.  
Wohnung des Wirths.  
Speisesaal.

Längendurchschnitt.

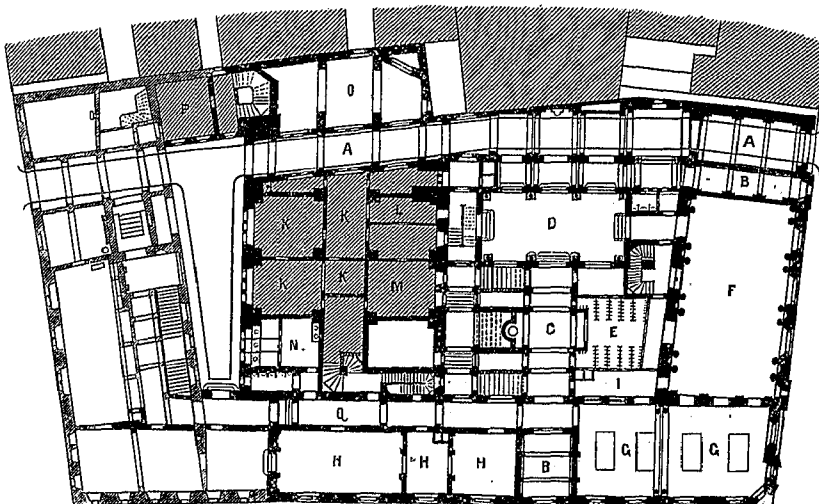


Souterrain.

A. Durchfahrt.  
B. Hauptküche.  
C. Kaffeeküche.  
D. Spülküche.  
E. Anrichte-Raum.

Souterrain.

F. Vorraths-Raum.  
G. Kohlenkeller der Gesellschaft.  
H. „ des Wirths.  
J. Gang.  
K. Waschküche.  
L. Abtrittsgruben.



Erdgeschoss.

A. Durchfahrt.  
B. Eingänge.  
C. Treppenhaus.  
D. Vestibüle.  
E. Garderobe.  
F. Speisesaal.  
G. Billardsaal.  
H. Wirthschaftsräume.  
I. Anrichterraum.

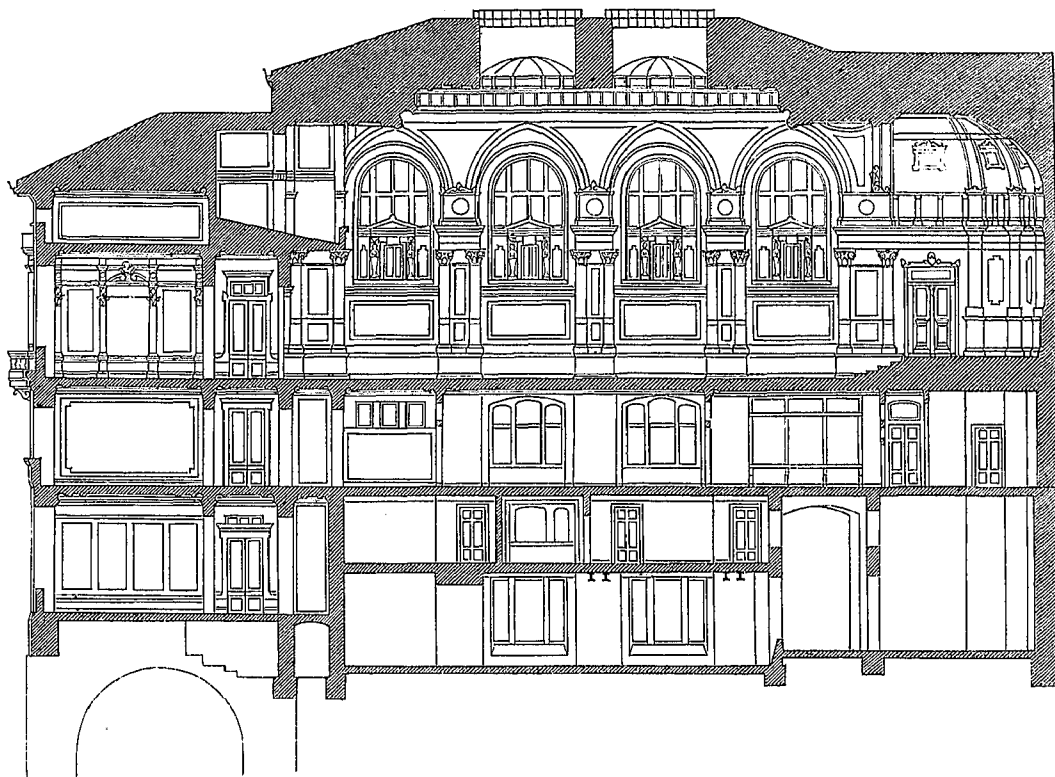
Erdgeschoss.

K. Wohnung des Bibliothekars.  
L. Gang.  
M. Weisszeuglokal.  
Die 3 Letzteren im Entresol  
zwischen Küche u. Bjbliothek.  
N. Toilette.  
O. Magazin.  
P. Bügelstube.  
Q. Korridor.

Maasstab für die Durchschnitte.



GEBÄUDE DER MUSEUMS-GESELLSCHAFT ZU STUTTGART.

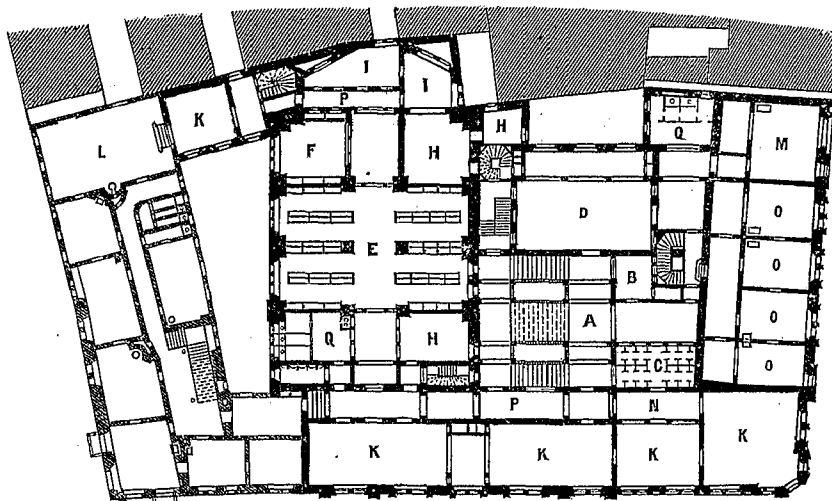


Konversationszimmer.  
Lesezimmer.  
Wirtschaftsraum.

Bibliothek.  
Wohnung des Bibliothekars.  
Küche.  
Grosser Festsaal.  
Querdurchschnitt.

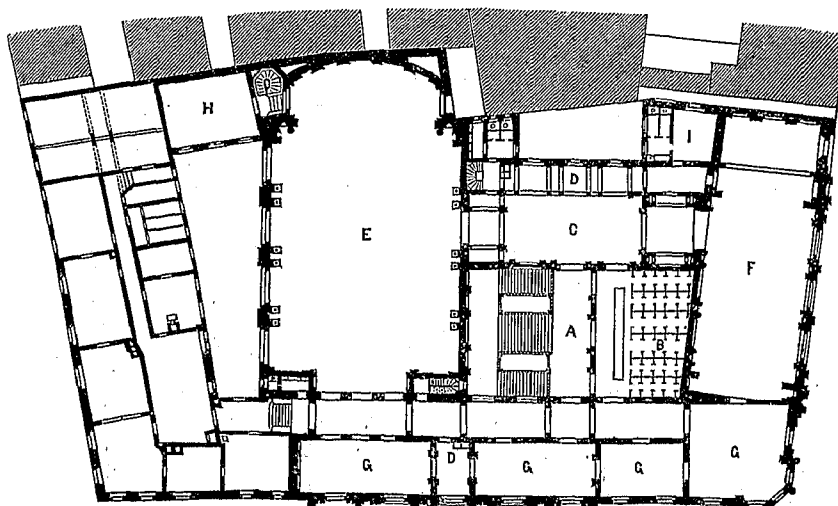
Wartezimmer.

Mittlerer Stock.  
A. Treppenhaus.  
B. Portier.  
C. Garderobe.  
D. Verwaltungslokal.  
E. Bibliothek.  
F. Bibliothekar.  
G. Wartezimmer.



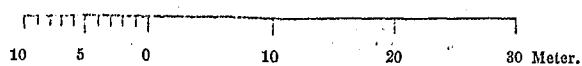
Mittlerer Stock.  
H. Requisiten.  
J. Stühle des Podiums.  
K. Lesezimmer.  
L. Altes Lesezimmer.  
M. Zimmer des Sekretärs.  
N. Vorzimmer.  
O. Wohnung des Wirths.  
P. Korridor.

Hauptgeschoss.  
A. Treppenhaus.  
B. Garderobe.  
C. Vorsaal.  
D. Büffet.



Hauptgeschoss.  
E. Festsaal.  
F. Grosser Speisesaal.  
G. Konversationszimmer.  
H. Stimm-Zimmer.  
J. Damen-Toilette.

Maasstab für die Grundrisse.





zur Ehrenpflicht macht, hier immerhin erst in zweiter Linie stand. Es wurde vielmehr vorgezogen, die Bearbeitung des neuen Bauplans und die Ausführung des Baues den beiden einheimischen, mit den Verhältnissen der Gesellschaft bekannten Architekten anzuvertrauen, welche sich nächst dem in jener Konkurrenz ausgezeichnet hatten — den Professoren Wagner und Walter.

Die von diesen aufgestellte Lösung, die wir umstehend in 4 Grundriss- und zwei Durchschnitten-Skizzen mittheilen, lehnt sich in Bezug auf einige maassgebende Hauptmotive, so die Anlage der Festlokalen im zweiten Stockwerk und die Vereinigung derselben zu einem in sich geschlossenen Ganzen, an den Entwurf von von Grossheim und Schwarz an, verwendet daneben jedoch noch Motive aus ihren eigenen früheren Entwürfen, sowie aus einer vierten von Professor Tafel in Stuttgart verfassten Konkurrenz-Arbeit, welche die Gesellschaft auf ihren Antrag nachträglich noch angekauft hat. Der Plan war, nachdem die bereits begonnene Bau-

Ausführung mittlerweile durch den Krieg unterbrochen wurde, nachträglich noch auf heftige Opposition gestossen, hat dieselbe jedoch siegreich bestanden und soll nach einem im Dezember vorigen Jahres neuerdings gefassten Gesellschafts-Beschlusse nunmehr mit voller Kraft ins Leben gerufen werden.

Eine Beschreibung der interessanten Grundriss-Disposition, die bei den mannichfachen Bauten, die neuerdings für Zwecke ähnlicher Art unternommen werden, einen erwünschten Anhalt geben wird, ist wohl überflüssig; ebenso erklären sich die Durchschnitte durch sich selbst. Die Ausbildung der Fäçaden, die an ziemlich engen Strassen liegen, ist von untergeordneter Bedeutung und wird zum Theil durch die Architektur des stehenden alten Hauses bestimmt. Die Baukosten sind auf 458 000 Gulden veranschlagt.

Wir behalten uns übrigens eine weitere Mittheilung über den Bau nach Ausführung desselben vor.

## Mittheilungen aus Vereinen.

**Architekten-Verein zu Berlin.** Ausserordentliche Hauptversammlung am 22. Februar 1873; Vorsitzender Hr. Quassowski, anwesend 116 Mitglieder und 1 Gast.

Nachdem die beiden Programme für die nächstjährigen Schinkelfest-Aufgaben, im Hochbau durch Hrn. Adler, im Ingenieurwesen durch Hrn. Streckert verlesen und ohne Widerspruch genehmigt worden sind, theilt der Hr. Vorsitzende den Wortlaut der Petition mit, welche der Vorstand in der Angelegenheit des Rang-Verhältnisses der Preussischen Baubeamten entworfen hat. Auch dieses Schriftstück findet die einmüthige Billigung der Versammlung und soll sofort an den Hrn. Minister für Handel etc. abgesendet werden. Eine von mehreren Vereins-Mitgliedern ausgegangene und dem Vorstände in schriftlicher Motivirung überreichte Anregung, die Hr. Hamel mündlich motivirt, hatte zur Erwägung gestellt, ob bei dieser Gelegenheit nicht auch Maassregeln berathen, beziehungsweise in Vorschlag gebracht werden könnten, um dem seit Eintritt der Gewerbefreiheit schrankenlos gewordenen Gebrauche der Titel „Baumeister“ und „Bauführer“ entgegenzuwirken, oder, falls dies nicht möglich wäre, für die Aspiranten des Staatsbaufaches andere, vor Missbrauch geschützte Titel einzuführen. Die Antragsteller erklären sich damit einverstanden, dass diese Angelegenheit mit der gegenwärtigen Petition nicht in Zusammenhang gebracht worden ist, sondern demnächst einer besonderen Berathung unterzogen werden soll.

Im Laufe dieser Berathungen und während Hr. E. Wiebe (II) im Anschluss an einen früheren (von uns mitgetheilten) Vortrag über den gegenwärtigen Stand der Erfahrungen über Bereslegung mit Kloakenwasser spricht — wir werden auch diese Mittheilung unsern Lesern in Original liefern — wird die Neuwahl des Vereins-Vorstandes zum Abschluss gebracht. Die in der für ungültig erklärten Haupt-Versammlung vollzogene Wahl des Hrn. Hobrecht zum ersten Vorsitzenden und des Hrn. Streckert zu dessen Stellvertreter wird bestätigt; an Stelle des Hrn. Sarrazin, der jene Wahl nicht angenommen hat, wird Hr. Steuer zum Säckelmeister ernannt. Zu Mitgliedern des Vorstandes ohne besonderes Amt werden die Hrn. Adler, Boeckmann, Ende, Franzius, Kinel, Lucae, Orth, Quassowski und Schwedler berufen.

Den Schluss der Versammlung bilden Frage-Beantwortungen.

— F. —

## Vermischtes.

### Putzbauten in Berlin.

Wie viel ist nicht schon seit Jahren gegen den elenden Putzbau in Berlin geifert — von einheimischen und mehr noch von auswärtigen Architekten und Kunstkritikern! — Trotz alledem blüht derselbe fort und als Beweis dieser Blüthe dürfte wohl nachstehende Mittheilung zu betrachten sein. Wie unsere heutige Zeit an Ueberraschungen gross ist, so steht uns jetzt vielleicht noch die bevor, dass jenem elenden Wesen nicht durch die Macht der überzeugenden Idee, sondern von der nüchternen Praxis selbst ein Ende bereitet wird.

Von dem Strike-Komitee der Berliner Putzer ist nämlich „zu Händen der Herren Bau- und Maurermeister Berlins“ und „um in Zukunft etwaigen Differenzen vorzubeugen“ ein neuer Tarif für Putzarbeiten unterbreitet worden, welcher neben der Forderung eines eventuellen Tagelohns von 3 Thlr. unter andern folgende Akkord-Sätze enthält:

1) Für das Ziehen verjüngter Säulen pro Meter der Höhe und pro Zentimeter des aufgerollten Umfangs, an der Basis ermittelt, 4¼ Sgr.; — Beispielsweise kostet demnach ein steigendes Meter Säule von 0,50<sup>m</sup> Durchmesser, also ca. 157<sup>cm</sup> abgewinkelten Umfangs rot. 22,3 Thlr., bei 3<sup>m</sup> Höhe also c. 67 Thlr.; — dieselbe Säule, bei Anwendung von Zement oder hydraulischem Mörtel das Dreifache, also 200 Thlr.!)

2) Für 1 Quadratmeter Stuck- oder Stippputz 2,067 bis 4,9

\*) Es scheint hier übrigens in dem Tarife ein Rechen- oder Druckfehler vorzuliegen. Nach den für altes Maass angegebenen Preissätzen mit 1¼ Sgr. p. lauf. Fuss Höhe und pro Zoll Umfang stellt sich der Preis einer Säule von 1¼<sup>m</sup> Durchmesser und 10<sup>m</sup> Höhe nur auf 30 Thlr., resp. in Zementputz auf 90 Thlr.

Thaler, in hydraulischem Mörtel oder Zement demnach 6,191 bis 14,7 Thlr.

3) Für 1 Quadratmeter Charirputz 3,422 bis 5,167 Thlr., in hydraulischem Mörtel oder Zement 10,266 bis 15,50 Thlr. Das Stellen der Gerüste und das Putzen der Klempnerarbeit, für welche letztere 3¼ bis 8 Sgr. p. lfd. Meter noch extra berechnet werden, ist in diesen Preisen nicht mit einbegriffen.

Die Preise von Sandsteinarbeiten können noch ziemlich erheblich steigen, ehe selbst in dem steinarmen Berlin diese für die gleichen Fälle eine gleiche Höhe erreichen. Z. B. kostet ein Sandsteinschaft wie Pos 1 incl. Versetzen höchstens 60 Thlr., hingegen für Putzen in Zement, unter Zugrundelegung der niedrigeren für Fussmaass angegebenen Preise, Arbeitslohn 90 Thlr.; dazu das fertige Mauerwerk des Kerns 17 Kbf. à 20 Sgr. = 11¼ Thlr.; also kostet eine gesetzte Säule 101¼ Thlr., oder das 1¼ fache der Sandsteinsäule.

Aber auch gegen unsachgemässe Behandlung der Ziegel-Verblendbauten richten die Herren Putzer ihre Angriffe. Das gewöhnliche Fugen der Rohbau-Façaden soll hinfort kosten: pro Quadratmeter 1,722 Thlr., in hydraulischem Mörtel oder Zement 5,166 Thlr., das Fugen derselben mit Rundstab pro Quadratmeter 3,422 Thlr., in hydraulischem Mörtel oder Zement 10,266 Thlr.!

Die Herren Architekten werden also künftig wohl daran thun, mit vollen Fugen mauern und hübsch die Fugen mit der Kelle ausschneiden zu lassen, was ja bekanntlich auch eine ganz gute Wirkung giebt und wobei die obigen Positionen erspart werden. Auch mögen sich dieselben sorgfältig davor hüten, irgendwo über das Maass und die Art und Weise der Ausführung, die man hier in Berlin die gewöhnliche nennt, hinauszugehen; denn bei jeder deutungsfähigen Position jenes Tarifes ist vorsichtig vermerkt, dass der Preis mit der Schwierigkeit der Arbeit steigt.

○

**Linoleum- (Kork-) Teppiche.** Die in neuester Zeit immer mehr zur Anwendung gelangenden Linoleum-Bodenlagen werden nach einem patentirten Verfahren angefertigt, wobei pulverisirtes Korkholz und oxydirtes Leinöl die Hauptbestandtheile bilden. Die Masse wird schliesslich auf wasserdichtes Segeltuch liniendick aufgetragen und mit demselben durch Walzen aufs Engste verbunden. Diese solide Unterlage fehlte bei dem als Vorläufer des Materials anzusehenden Kampulikon, weshalb beim sogenannten Schwinden der Böden oftmals Bruch oder Senkung entstand. Die Geschmeidigkeit dieser Bodenlagen gestattet deren Aufrollen in beliebiger Länge, bis zu 30<sup>m</sup>; die Breite ist 1,82<sup>m</sup> und die Kanten der Stücke passen so genau zusammen, dass dieselben auch in grossen Salons ein ununterbrochenes Muster bilden. Die Leichtigkeit, mit welcher das Aufnehmen, Wieder-Anpassen und unbemerkbare Ergänzungen ausgeführt werden kann, bildet einen grossen Vorzug des Linoleums über jede andere Art von Bodenbelag — besonders bei Wohnungsveränderungen. Während für Hausgänge und Treppen meist die abgepassten Läufer gewählt werden, sind die für Zimmer bestimmten Linoleum-Teppiche in verschiedenen Mustern bedruckt und kann die Farbe nach Maassgabe der Tapeten oder Möbel gewählt werden. Der Farbendruck ist durch die Nachgiebigkeit der Grundmasse derart vor Friktion geschützt, dass in Wohnzimmern, welche in den Jahren 1862 und 63 belegt wurden, heute noch die Muster unverseht sind. Die Anwendung des Linoleum bei Neubauten ist ganz besonders zu empfehlen, da es nur die allerbilligste Unterlage (rohe Bretter, Zement oder Stein) erfordert und weder Feuchtigkeit noch Staub durchlässt, gleichzeitig aber auch den Zimmern und Korridoren eine gewisse Eleganz und Komfort mittheilt. Als Regel lässt man Linoleum-Teppiche permanent liegen und festmachen.

Jeder Tapezierer kann die Legung des Linoleums besorgen. Vor Allem werden Unebenheiten ausgefüllt, — bei Steinböden durch Portland-Zement, bei alten Holzböden durch eine Mischung von Sägemehl mit Kleister oder mit Leim. Beides erhärtet über Nacht und letztere Mischungen bieten den Vortheil, dass sie jederzeit wieder aufgelöst und vom Boden entfernt werden können.

Eine glatte Legung wird erleichtert, wenn man die Ober-

fläche des Linoleums unmittelbar vorher mit heissem Wasser abwäscht, was besonders bei Treppen nöthig ist. Letztere werden mit den üblichen Messingstäben befestigt; bei Läufern und beim Zusammenfügen mehrerer Stücke ist ein Festmachen nicht nöthig (ausser mit wenigen Stiften), weil das Linoleum zufolge seiner Schwere und Geschmeidigkeit sich flach an den Boden anschliesst.

Oftmals wird jedoch eine theilweise Befestigung vorgenommen, indem man Leinwandstreifen auf den Boden spannt und die Kanten der zusammengepassten Stücke darauf klebt, während an stark frequentirten Stellen ein totales und direktes Aufkleben an den Boden mittels Tapezierkleister die Dauerhaftigkeit bedeutend erhöht. Auf Steinplatten ist der Linoleum-Zement als Klebematerial nöthig. Zur etwaigen Einfassung von Läufern und Vorlagen liefert die Fabrik gezogene Messing-Kanten nebst Instruktion, ebenso Messing-Ecken, Messing-Stifte, Messingbänder und Messing- oder verkupferte Eisen-Stäbchen für Treppen.

Das Reinigen der Linoleum-Teppiche geschieht mittels Wassers und Bürste (Soda zu meiden); in den meisten Fällen genügt das einfache Kehren. Das Kontinentalbüro für Linoleum, E. Leibius u. Co. befindet sich Stuttgart, 16; Archivstrasse; Berlin, 83 Markgrafenstrasse; Wien, 11 Wallfischgasse. (Industrie-Bl.)

Eine interessante Sprengung mittels Dynamit, hat vor Kurzem bei Wien Statt gefunden. Bekanntlich muss das grosse Theilwerk, welches dereinst bei der Abzweigung des Donau-Kanals und der Donau angelegt wurde, um einen grösseren Theil der Wassermenge in den Kanal zu leiten, der sogenannte „Schwarze-Laken-Sporn“, zum Zwecke der Donau-Regulirung beseitigt werden. Die Arbeit macht wegen der robusten Solidität des alten, durch ein Pfahlwerk zusammengehaltenen Baus so grosse Schwierigkeit, dass man beschloss zu einer Sprengung seine Zuflucht zu nehmen. Der zu diesem Zwecke zugezogene Genie-Hauptmann Lauer hat ein sinnreiches Verfahren hierfür erprobt. Um grössere Sprengladungen tief unter dem Wasserspiegel inmitten des durch Bohrungen unzugänglichen Steinwurfs anzubringen, wurden zwei geeignete Pfähle des Werkes in ihrer Längenrichtung angebohrt und durch eine in die Bohrlöcher versenkte kleine Dynamitladung zunächst in ihrer Mitte zertrümmert. Durch eine zweite stärkere Ladung gelang es den oberen Theil der Pfähle etwas in die Höhe zu treiben, wobei durch eine Schraubenspindel noch nachgeholfen wurde. So wurden zwischen dem unteren feststehenden und dem oberen Theile der Pfähle zwei Ladekammern hergestellt, welche im Stande waren 20 bis 25<sup>k</sup> Dynamit zu fassen, während für die vorhergehenden Sprengungen je 0,60 resp. 0,80<sup>k</sup> verwendet worden waren. Das Dynamit wurde hierbei in kleinen Blechbüchsen von 158<sup>mm</sup> Länge und 33<sup>mm</sup> Durchmesser mit je ca. 0,20 <sup>k</sup> Inhalt eingebracht. Das Resultat der Probe-Sprengung, die am 8. Februar erfolgte, war ein sehr zufriedenstellendes. Bei einer Lage des Mittelpunkts der Ladung von 3<sup>m</sup> unter der Dammkrone, 3,75<sup>m</sup> unter dem Wasserspiegel, erreichten die emporgeschleuderten Minengarben, welchen ein innerhalb des Pfahlwerks und Steinschlags ausgebrochener Trichter entsprach, eine Höhe von mehr als 30<sup>m</sup>. Von dem Umfang und der Festigkeit des Werkes kann man sich aus der Notiz eine Vorstellung machen, dass zur Zerstörung derselben 50 solche Minen erforderlich sind. Die Kosten der Arbeit werden sich selbstverständlich als sehr beträchtliche herausstellen.

#### Zur Eisenbahnfrage.

In einem die „Eisenbahnfrage“ behandelnden Artikel in No. 10 dieser Zeitung ist zur Beseitigung der allgemeinen Unzufriedenheit mit unsern jetzigen Eisenbahn-Verhältnissen der Vorschlag gemacht, jede förmliche Konzessionirung eines Eisenbahnunternehmens fortfallen zu lassen und die Erlaubniss zum Bau einer Bahn lediglich von der Erfüllung gewisser Normalbedingungen abhängig zu machen. Denselben Vorschlag führte die National-Zeitung in ihrem Leitartikel in No. 37 des laufenden Jahrganges als einen solchen an, der heute nicht zu erörtern sei, weil er vorläufig keinerlei Aussicht auf Verwirklichung haben würde. Den Beweis für diese Behauptung ist sie uns seither schuldig geblieben. Es ist dies zu bedauern, da vermuthlich ausser dem Schreiber dieser Zeilen noch andere Leute nicht in der Lage sind, sich der Ansicht der National-Zeitung ohne Weiteres anzuschliessen.

Wenn es gelingt, die „Normalbedingungen“ oder „Normativbestimmungen“ so festzusetzen, dass sie ein Aequivalent für das unbedingt erforderliche Expropriationsrecht bieten, so muss durch Inslebentreten des erwähnten Vorschlages eine Heilung der bestehenden Uebel unfehlbar herbeigeführt werden; denn jede Verwaltungswillkür ist ausgeschlossen. Diese Normativbestimmungen mögen verschärfte Vorschriften über solide technische Ausführung der Bahnen in sich schliessen; der Hauptsache nach dürften sie sich auf die Geldbeschaffung zu beziehen haben. Dass ein Verbot der Ausgabe von Aktien unter Pari und ein Gesetz, welches strenge Bestrafung der Uebertreter dieses Verbotes ermöglicht, obenan stehen müsste, ist wohl nicht zweifelhaft. Welche Bestimmungen ausserdem noch gegeben werden müssten, würde sich ja finden, wenn der Vorschlag ernstlich in die Berathung gezogen würde. Dass es leicht sei, Gesetze von genügender Tragweite zu geben, um das Publikum in dieser Beziehung vor Nachtheilen zu schützen, soll durchaus nicht behauptet werden. Man kann sogar annehmen, dass die-

selben im Anfang manche Hinterthüren haben würden, aus denen Uebelthäter entschlüpfen könnten. Solche würden aber bald bemerkt und geschlossen werden. Und wenn der eingeschlagene Weg nur der richtige ist, um zum Ziele zu gelangen, so wird sein Betreten mit einigen im Anfang zu machenden üblen Erfahrungen nicht zu theuer bezahlt sein.

Wollte man einwenden, dass nach dem Erlass genügend strenger Gesetze überhaupt wenig Eisenbahnen von Privaten gebaut werden würden, so mag das nicht ganz unrichtig sein. Manche Bahn, die heute gebaut wird, würde gewiss nicht gebaut. Da müsste dann, wenn ein wirkliches Bedürfniss vorliegt, der Staat eintreten. Und so dürfte das jetzt so angefeindete „gemischte System“ immer seine Berechtigung behalten.

Was übrigens das Reichs-Eisenbahnamt betrifft, welchem die Aufsicht über das gesammte Eisenbahnwesen und die Befugniss zur Ertheilung von Konzessionen für den Bau von Privatbahnen im ganzen Umfang des Reichs übertragen werden soll, und von welchem die National-Zeitung eine Besserung unserer Zustände hofft, so ist wohl nicht zu bezweifeln, dass dasselbe viel Gutes stiften könnte, indem es mehr Einheitlichkeit in das deutsche Eisenbahnwesen brächte. Es giebt gewiss wenige Eisenbahn-Techniker, die das Zustandekommen einer solchen Behörde nicht mit Freuden begrüssen würden. Wie dieselbe aber mehr als die einzelstaatlichen Ministerien geeignet sein soll, eine Besserung des Konzessionswesens herbeizuführen, ist in der That schwer einzusehen. Seine Beamten werden doch auch mit allen Schwächen der menschlichen Natur behaftet sein. Und wollte man auch jetzt die alleruntadeligsten Leute berufen, wer könnte für ihre Nachfolger stehen?

Mag die oberste Behörde des deutschen Eisenbahnwesens heissen wie sie wolle, die Besserung unserer Zustände muss aus der Gesetzgebung kommen. X.

Ein Schraffir-Instrument, Patent von Th. Bergner in Philadelphia, wird den Zeichnern zum Ankauf angeboten und ist der Redaktion zur Beurtheilung vorgelegt.

Sein Mechanismus ist einfach und sinnreich, die Bewegungen, welche es ausführt, sind denen der menschlichen Hand nachgeahmt, nur erfolgen sie mit vollständiger Sicherheit und ersparen dem Zeichner jene peinliche Aufmerksamkeit, welche er auf das Fortschieben des Dreiecks um gleiche Intervalle beim Schraffiren aus freier Hand zu verwenden hat und die doch nicht immer ausreichend ist, um eine gleichmässig gute Arbeit zu liefern.

Der ganze Apparat besteht aus einem Lineal, einem mit einfacher Koulissenführung damit verbundenen Dreieck, an dessen Kante der Strich ausgeführt wird, und einer Taste, ähnlich derjenigen beim zeichnengebenden Apparat des Morse-Telegraphen.

Unter dem Tastenknopf befindet sich eine kleine Klaue aus Stahl, welche der Leser sich nach Form und Wirksamkeit den drei mittleren Fingern der linken Hand und ihrer Thätigkeit beim Schraffiren nachgebildet denken wolle. Sie stemmt sich beim Niederdrücken der Taste gegen das Lineal und schiebt, da dieses wegen seiner grösseren Masse und der durch eine dünne Gummipatte vermehrte Adhäsion am Papier nicht weicht, das leichtere Dreieck seitwärts (während im Unterschiede allerdings beim Schraffiren aus freier Hand die Finger der mit dem Ballen auf das Lineal gelegten Hand sich gegen das Dreieck stemmen und so das Fortschieben bewirken).

Eine Feder bringt Taste und Klaue in die ursprüngliche Lage zurück und das Spiel kann von Neuem beginnen.

Durch eine Schraube wird der Hub der Taste nach Belieben verändert und kann bis zur grössten Feinheit der Schraffirung eingestellt werden. Will man ausser durch die Feinheit, den Abstand und die Richtung der Linien noch Variationen in die Schraffirung bringen, so kann man bei jedem dritten oder vierten etc. Hub der Taste eine Linie auslassen.

Noch manch andere Anwendungen sind zulässig, besonders auf Fugentheilung bei Darstellung von Rohbau, Herstellung von Transversalmaasstäben, Zeichnung von Schraubengewinden, Netzeintheilung für die Schrift auf Zeichnungen etc.

Der Apparat ist sauber in Holz und Metall ausgeführt und kann nur bei ganz roher Behandlung schadhafte werden, ist dann aber leicht zu repariren. Das Dreieck ist ein gleichschenkliges rechtwinkliges, dessen drei Seiten 12,3 resp. 17,5<sup>cm</sup> lang sind, — nicht ausreichend für alle Zwecke, doch lässt sich ein grösseres Dreieck anbringen.

An dem Instrument ist kaum etwas Anderes als sein hoher Preis, 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 8 Thaler, auszusetzen; derselbe macht es der Mehrzahl der Zeichner unzugänglich und ist dem Verkäufer aus diesem Grunde kaum ein anderer Absatz als der für grössere Büreaus, besonders bei Maschinenfabriken, mechanischen Werkstätten und Bau-Büreaus, in denen zur Darstellung der durch Umdruck zu vervielfältigenden Zeichnungen Schraffirung statt der charakterisirenden Farbe angewendet werden muss, in Aussicht zu stellen. Bei erheblicher Ermässigung des Preises verschafft sich das Instrument vielleicht auch im Atelier des Architekten Eingang, dort, wo man für gewöhnlich gern mit dem allereinfachsten Apparat arbeitet, zur Darstellung und Unterscheidung sich der Farbe mit Vorliebe und nur mit Abneigung der Schraffirung bedient, deshalb aber auch eine Erleichterung bei dieser mühevollen mechanischen Arbeit, wenn sie nothwendig wird, gern annehmen würde. — S. —

## Konkurrenzen.

**Konkurrenz für Entwürfe zu einem neuen Bürger-schulgebäude in Gotha.** Nach dem uns vorliegenden Berichte der Jury über den Ausfall der Konkurrenz sind an derselben 33 Entwürfe betheilt gewesen. Als ein ebenso seltenes wie erfreuliches Ergebniss stellte sich heraus, dass fast sämtliche Bewerber nicht nur die sonstigen Bedingungen des Programms, sondern auch die Grenze einer Bausumme von nicht über 50 000 Thlr. eingehalten hatten. Ueber das Verfahren der Jury bei Ermittlung der beiden besten Entwürfe giebt ihr Bericht interessante Aufschlüsse. Es wurde eine Art von Rangordnung der an das Gebäude zu stellenden Anforderungen angenommen und gemäss derselben eine allmähliche Ausscheidung aller derjenigen Entwürfe veranlasst, die diesen Forderungen nicht entsprachen. So blieben schliesslich nur 6 Entwürfe auf der engeren Wahl, von denen wiederum zwei als die am Wenigsten anfechtbaren anerkannt wurden. In Folge einiger kleinen praktischen und verschiedener ästhetischen Vorzüge erhielt dann der Entwurf des Architekten Carl Weichardt aus Jena den ersten, der des Architekten Eduard Gildemeister in Gotha den zweiten Preis.

**Konkurrenz für Entwürfe zur inneren Ausschmückung des Domes in Cöln.** Ueber den Ausfall der von uns in No. 3 Jahrg. 1872 erwähnten, ziemlich gewissenhaft behandelten und auf 7 Architekten der gothischen Schule beschränkten Konkurrenz entnehmen wir vorläufig folgende Notiz der Kölnischen Zeitung:

Die von dem hiesigen Metropolitan-Domkapitel ausgeschriebene Konkurrenz für Entwürfe zur inneren Ausschmückung des Domes hat ein sehr beschränktes Resultat geliefert. Es haben nur vier Bewerber ihre Arbeiten eingereicht: Der Diözesan-Baumeister V. Statz und die Architekten Franz Schmitz in Köln, Schneider in Aachen und Ringlake in Düsseldorf (Schüler des Ober-Baurathes und Dom-Baumeisters Friedrich Schmidt in Wien). Die Erwartung, dass die Entwürfe im Museum Wallraf-Richartz würden ausgestellt werden, um auch dem grösseren Publikum Gelegenheit zu geben, dieselben zu sehen und zu beurtheilen — was unseres Bedünkens um so angemessener gewesen wäre, als der aus Besteuern der ganzen Nation seiner Vollendung entgegengeführte Dom gewisser Maassen als Gemeingut der Nation zu betrachten ist —, diese berechnete Erwartung ist unerfüllt geblieben. Das Domkapitel hat beliebt, die Entwürfe im erzbischöflichen Museum auszustellen, wo sie unter sorgfältiger Obhut gehalten und nur einem sehr beschränkten Kreise sichtbar sein werden.

**Konkurrenz für Entwürfe zu einem schlesischen Provinzial-Museum in Breslau.** Der von uns in No. 10 u. Bl. gegebenen Anregung mit dankenswerther Bereitwilligkeit Folge leistend, hat das Komité beschlossen, das Bauprogramm durch die nachstehenden Bestimmungen zu erläutern beziehungsweise zu modifiziren:

„Ein spezieller Kostenanschlag wird nicht beansprucht; es genügt, wenn durch eine überschlägliche Kostenberechnung mit ausreichender Sicherheit der Nachweis geführt wird, dass unter den obwaltenden lokalen Verhältnissen, zu deren Beurtheilung das mitgetheilte Preisverzeichniss den Anhalt bietet, die Ausführung des konkurrirenden Projekts für die Summe von 344,000 Thalern ermöglicht werden kann. Die übrigen in No. 6 aufgeführten Bestimmungen werden durch diese Erläuterung nicht alterirt.

Die Bestimmung, den Bauplan als Entwurf auszuarbeiten, soll nicht als obligatorisch gelten, vielmehr sollen auch ausgeführte Skizzen konkurrenzfähig sein, sofern bei der Darstellung derjenige Grad von Ausführlichkeit erreicht wird, dessen es zur klaren Darlegung der gesammten Anordnungen einschliesslich der Konstruktion bedarf.

Alle übrigen Bestimmungen des Programms, insbesondere über den Maassstab für die Grund- und Aufrisse und über das Erforderniss einer perspektivischen Zeichnung, bleiben unverändert in Kraft.“

Wir zweifeln nicht, dass der Erfolg der Konkurrenz, Dank diesen Maassregeln, wesentlich günstiger sein wird, als er es bei Festhaltung der ursprünglichen Bestimmungen gewesen wäre. Es kommt wohl nicht allein in Betracht, dass die materiellen Bedingungen der Konkurrenz nunmehr namhaft erleichtert sind, sondern die Liberalität, mit welcher das Komité die im Interesse der konkurrirenden Architekten geäusserten Wünsche berücksichtigt hat, dürfte auch ganz geeignet sein, das vollste Vertrauen in die Art und Weise zu erwecken, mit welcher die Konkurrenz durchgeführt werden wird. Wir können eine Betheiligung an derselben allen Fachgenossen nunmehr nur angelegentlich empfehlen.

**Monats-Aufgaben des Architekten-Vereins zu Berlin zum 5. April 1873.**

I. Auf einem freien Platze ist eine Synagoge mit etwa 500 Männer-sitzen im unteren Raume, und 300 Frauen-sitzen auf den Emporen zu erbauen. Für beide Geschlechter sind getrennte Eingänge und vor dem der Männer ist eine geräumige helle Vorhalle anzulegen. Für bequem, aber versteckt liegende Retiraden ist Sorge zu tragen. Die einzelnen Sitze müssen 1<sup>m</sup> Tiefe und 0,55<sup>m</sup> Breite erhalten. Das Gebäude ist in reichen Formen

mit Ausschluss des maurischen Stils und ohne Thurm zu erbauen. Die nöthigen Ansichten und Durchschnitte sind im Maassstabe von 1 : 150, Grundrisse von 1 : 200 zu zeichnen.

II. Zum Legen und Stechen von Masten von 25<sup>m</sup> Länge ist an einem Flussufer ein Krahn zu errichten. Zur Bedienung des Krahns sind 2 Wärter anzustellen, und können von jedem Kahn 2 Mann zur Aushilfe requirirt werden. Der Krahn ist zu entwerfen und zu erläutern, wieviel Schiffe innerhalb 24 Stunden von demselben abgefertigt werden können.

Alle wichtigen Maasse, Annahmen und Rechnungs-Resultate sind in den Zeichnungen an geeigneter Stelle einzutragen.

## Personal-Nachrichten.

### Preussen.

Ernannt: Der Bau-Inspektor Langerbeck zu Berlin zum Ober-Bau-Inspektor beim Kgl. Polizei-Präsidium daselbst. Der bisherige Telegraphen-Inspektor Otto zu Cassel auf Grund seiner früheren Ausbildung für das Baufach zum Eisenbahn-Baumeister bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn in Düsseldorf.

Versetzt: Der Eisenbahn-Baumeister Schweder zu Düsseldorf als Assistent und Stellvertreter des Ober-Betriebs-Inspectors der Bergisch-Märkischen Eisenbahn nach Elberfeld.

Die Baumeister-Prüfung haben abgelegt: Robert Bergemann aus St. Andreasberg a. Harz; Johann Albrecht Becker aus Rostock.

Die Bauführer-Prüfung haben bestanden: Emil Atzert aus Cassel; Stanislaus von Sokolowski aus Budziszewo Kreis Obornik; Carl Hengstenberg aus Bourscheidt bei Schepfen.

## Brief- und Fragekasten.

Herrn P. R. in Berlin: Das Liernursche System besteht nach den Annoncen der Patentträger aus 4 Theilen, nämlich: 1) aus Kanalanlagen nach dem holländischen Radialsystem, 2) pneumatischen Röhrenleitungen, 3) Kontrolle der Reinigung der Effluvia von Fabriken etc., 4) Regulirung des Grundwassers. In den Berichten über ausgeführte Anlagen und in Kostenanschlägen wird aber stets nur von den pneumatischen Apparaten und der dazu gehörenden Abfuhr gesprochen, so dass man weder weiss, wie die Einrichtungen ad 1, 3 und 4 gedacht sind, noch erfährt, welche Vorzüge sie vor anderen voraushaben. Nach offiziellen Kundgebungen der Stadtbehörden hat sich die pneumatische Entleerung der Abtritte in Amsterdam und Leyden bewährt, doch ist dies Zeugniss mit Vorsicht aufzunehmen, da die Anlagen dort noch sehr jung sind und anderweite Berichte entschieden ungünstig für das System lauten.

Ueber die Grundsätze, welche man in Gröningen zur Beiseitigung der Fäkalstoffe befolgt, und über die dort erzielten Resultate fehlen authentische und ausführliche Nachrichten.

Herrn H. H. in D. Die Betheiligung an einer öffentlichen Konkurrenz steht Jedem frei. Die Anforderungen an Zeichnungen, sowie die Ausdehnung einer eventuellen Kostenberechnung pflegen in jedem Programm genau angegeben zu sein. — Falls die Anonymität der Bewerber verlangt wird ist das Motto, mit welchem das versiegelte Kouvert, das den Namen des Verfassers enthält, bezeichnet ist, auf jede Zeichnung des Entwurfs zu setzen.

Herrn W. P. in Jozs-Bereny. Ausser Stande Ihre Frage zu beantworten, versuchen wir Ihnen Auskunft von einem unserer Leser zu verschaffen. Wo ist der Sitz der General-Direktion für die Bahnen Syrisch-Tripolis — Aleppo und Cairo — Assana — Chartum?

Herrn C. B. in Hamburg. Wir bitten Sie unseren Worten keine falsche Deutung beizulegen. Wir haben durchaus nicht beabsichtigt Ihnen für Ihre dankenswerthe und freundliche Mittheilung mit einem Vorwurfe zu lohnen, sondern wählten die Form nur, um dem uns unbekannten Fragesteller bei Hinweis auf jene Adresse zugleich eine Warnung zu geben.

Berichtigungen. In unserem Berichte aus dem Architekten-Verein zu Berlin in No. 12 befindet sich der Irrthum, dass Seitens der Festungs-Baudirektion zu Posen zu Entwürfen für ein Krieger-Denkmal aufgefordert sei. Das Bau-Objekt ist ein Krieger-Kasino. In Bezug auf unseren letzten Bericht sendet uns Hr. Boeckmann folgende Präzisierung seiner Ansichten über die Silikat-Farben der Vieille Montagne:

„Die bis jetzt konstatierten Vorzüge der Silikatfarben vor Oelfarben bestehen wesentlich in ihrer Anwendung auf geputztem Mauerwerk. Wünschenswerth ist es immer, dass dieses vor dem Aufbringen der Farbe ausgetrocknet sei. Wo wir sie jedoch auf ziemlich nassem Mauerwerk vor etwa 2 Jahren angewandt haben, ist solche heute steinhart, während unter ähnlichen Verhältnissen angewandte Oelfarben verdorben sind. Bez. der Anwendung der Silikatfarben auf Holz kann ich nur konstatiren, dass harziges Holz zur Aufnahme der Silikatfarben nicht geeignet ist, wahrscheinlich weil die Poren dort bereits mit einer Substanz ausgefüllt sind, so dass die Farbe nicht eindringen kann. Dass auch bei nicht harzigem, also porösem Holz die Silikatfarben den Oelfarben erfolgreich Konkurrenz machen werden, kann ich bis jetzt nicht behaupten. Die Erfahrungen darüber sind noch nicht abgeschlossen und lässt im Gegentheil die spröde Beschaffenheit der Silikatüberzüge vermuthen, dass solche weniger gut am Holz haften, als die schmiegsamen Oelfarben.“